

Weg damit!



Foto: © Jupp Heinen

Großdemo gegen das Landespolizeigesetz

Fast 20.000 Menschen gingen gegen erweiterter Polizeistaat auf die Straße

Die Angst geht um und wird aus politischem Kalkül von Law-and-Order-Verfechtern von Gauland bis Seehofer gezielt befeuert, auch entgegen nachweisbarer Fakten: Die Angst vor Überfremdung trotz nur geringer Flüchtlingszahlen, Angst vor Kriminalität trotz anderslautender Statistik, und vor allem die Angst von CDU und CSU vor der AfD, insbesondere mit Blick auf die Bayernwahl. Hardliner in der Union sehen ihre Stunde gekommen, die Polizei mit Befugnissen in der Bundesrepublik nie gekanntem Ausmaßes auszustatten und damit auch mehr oder weniger auf Verdacht hin in unsere Grundrechte eingreifen zu können.

Herbert Reul, seit 2017 Innenminister der schwarz-gelben NRW-Landesregierung, wollte es möglichst geräuschlos noch vor der Sommerpause über die Bühne bringen. Bayern war trotz massiver Proteste in Vorlage gegangen und die CSU hatte ein völlig überzogenes „Polizeiaufgabengesetz“ durch den Landtag gepeitscht. Nun soll es in NRW eine Light-Version namens Landespolizeigesetz geben. Mit Angstmache kann man bei konservativer Wählerschaft und verunsicherten

Menschen immer punkten, die dann eingeschüchtert und bereitwillig zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit auf immer mehr Freiheitsrechte verzichten.

Bisher musste es für Polizeimaßnahmen des jetzt geplanten Ausmaßes konkrete Verdachtsmomente geben. Reuls Vorlage schafft wie in Bayern den abstrakten Rechtsbegriff der „drohenden Gefahr“. Dieser gibt der Polizei, die diese Einschätzung selbst vornimmt, faktisch einen Freibrief. Sie kann dann gegen Personen Platzverweise aussprechen oder diese statt bisher maximal zwei bis zu dreißig Tage festsetzen. Auch die Telekommunikationsüberwachung inklusive Messengerdiensten und etwa der Telefonie über Skype soll ohne konkreten Verdacht drastisch ausgeweitet werden, ebenso wie die Kameraüberwachung im öffentlichen Raum. Kritik der Datenschutzbeauftragten, von Verfassungsrechtler*innen, teilweise sogar aus den Reihen der Polizeigewerkschaften, irritieren Reul dabei kaum. Der Koalitionspartner FDP, die sich sonst gerne als Wächterin der Bürgerfreiheiten ausgibt, hält sich raus und wird das Vorhaben wohl abnicken.

Dutzende Gruppen und Organisati-

onen von Gewerkschaften über Bürgerrechtsinitiativen, Parteien, darunter auch DIE LINKE, aber etwa auch Attac, bis hin auch zu Fußballfangruppen etlicher Vereine fand sich unter dem Dach des Bündnisses „Nein zum neuen Landespolizeigesetz NRW“ zusammen. Dieses organisierte am 7. Juli eine große Demo quer durch die Düsseldorfer Innenstadt zum Landtag. Der Widerstand war mit knapp 20.000 friedlichen Teilnehmenden deutlich über den Erwartungen der Veranstalter*innen. Geeint werden alle durch die Befürchtung, den Rechtsstaat im Namen einer abstrakten Sicherheit immer weiter auszuhöhlen. Letztlich können die Sicherheitsbehörden nach der Vorlage, die es ähnlich auch in fast allen Bundesländern geben soll, mehr oder weniger autonom entscheiden, wen sie für gefährlich halten. Eine dermaßen staatliche Eingriffstiefe in unser Bewegungs- und informationelles Selbstbestimmungsrecht darf es nicht geben. Nun soll das Gesetz nach der Sommerpause in noch unbekanntem Umfang nachgebessert werden. Das Bündnis wird die Entwicklung kritisch beobachten und weiter gegen das neue Gesetz mobilisieren.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine Studie hat festgestellt, dass Hitzegrade von über 30° die Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Allerdings fand die Untersuchung nur über vier Stunden statt. Keine Aussage also über die Auswirkungen der Hitzebelastung an einem 7- bis 8-Stunden-Arbeitstag auf AVISTA-Müllwagen, in der Pflege in nicht klimatisierten Krankenhäusern, am Band bei Mercedes-Benz, als Erzieher*innen in den Kitas. Wie sich gesteigerte Temperaturen auf Politiker*innen auswirken können, konnte man in diesem Sommer am Beispiel des CSU-Granden Seehofer erleben. Bar jeder Vernunft, in engem Schulterschluss mit ungarischen, österreichischen und italienischen Rechtspopulist*innen, heizte er die Debatte um Geflüchtete, Internierung und Abschiebung an. Im Gegensatz dazu benannte dieser Tage Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft: Armut, Niedriglohn und mangelnde Umverteilung des Reichtums. Nach ihm sorgen sich 90 Prozent der Bundesbürger*innen um den sozialen Zusammenhalt. Rosenbrock verlangt einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro pro Stunde, die Erhöhung der Grundsicherung auf mindestens 571 Euro im Monat sowie eine Stärkung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Soziale Einrichtungen wie Jugendtreffs, Beratungsstellen oder Stadtteilzentren müssten dringend ausgebaut werden. Rosenbrock hat DIE LINKE an seiner Seite. Ich hoffe, Sie auch.

Udo Bonn
Sprecher des Kreisverbandes
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
Tel: 0211 933 60 81

kontakt@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Kein Platz für Rassismus

Fragen an Christian Jäger vom Blockadebündnis DSSQ

Wie und warum hat sich „Düsseldorf stellt sich quer“ gegründet?

Als im Jahr 2015 NPD- und Pro NRW-Mitglieder wöchentlich nach Düsseldorf reisten, um als „Dügida“ rechte Aufmärsche zu veranstalten, wollten wir das mit Aktionen zivilen Ungehorsams verhindern und nannten uns „Düsseldorf stellt sich quer“ - kurz DSSQ. Woche für Woche kapselten hunderte Gegendemonstranten die Auftritte des Pegida-Ablegers Dügida ein und nahmen ihnen die Plätze.

DSSQ fordert, dass es keine Normalisierung von Rassismus in Politik und Öffentlichkeit gibt. Das kann auch heißen, gegen einen AfD-nahen Minister wie Horst Seehofer oder gegen einen rechtspopulistischen Autoren wie Thilo Sarrazin zu demonstrieren.

Welche Organisationen und Initiativen sind dabei und kommen auch neue Menschen dazu?

DSSQ hat über 30 Mitgliedsorganisationen und viele unabhängige Aktive. Mit einigen weiteren Parteien und Organisationen arbeiten wir nur fallweise zusammen, weil sie Probleme damit ha-

Wie wurde und wird DSSQ von der Polizei akzeptiert?

Es ist leider ziemlich klar, dass die Düsseldorfer Strafverfolgungsbehörden froh wären, wenn es DSSQ nicht mehr gäbe. Anders kann ich mir nicht erklären, dass es offenbar ein besonderes Verfolgungsinteresse gegen unsere Mitglieder gibt. Jeder, der sich an exponierter Stelle für DSSQ einsetzt, muss mit einem Verfahren rechnen.

Da sollte beispielsweise der ehemalige GEW-Vorstand Kaspar Michels für das Hochhalten eines Pappschilds gegen die AfD 1.500 Euro zahlen, weil zwei Protestierende für die Polizei schon eine zu spät angemeldete Kundgebung waren. Insgesamt über 10.000 Euro Strafe sollten der Zakk-Programplaner Mischa Aschmoneit und der damalige Falken-Geschäftsführer Torsten Nagel für den Versuch einer Sitzblockade bei einer Kundgebung gegen die Republikaner zahlen. Es gibt unzählige Kriminalisierungsversuche, die in höheren Instanzen natürlich keinen Bestand haben, aber eine Menge über das Verhältnis der Behörden zu DSSQ sagen. Im Moment droht auch mir eine Stra-

gegen die Normalisierung von Rassismus zu arbeiten.

Wie ist die Situation in Garath?

Die Zerstörung des Sozialstaats durch Hartz IV hat gerade in diesem ehemaligen Arbeiterstadtteil zu Spannungen geführt. Statt dass die Vermögensverteilung diskutiert wird, kommen aber bei einigen die ausländerfeindlichen Sprüche der Republikaner vor Ort gut an. Das führte auch zu 20 Prozent Wählerstimmen für die AfD in Garath bei den Bundestagswahlen. Inzwischen gibt es in Garath Kinder und Jugendliche, die mit rechtem Gedankengut aufgewachsen sind. Im Moment trauen sich die Nazis dort sogar, den Hitlergruß zu zeigen.

Eigentlich war Garath immer ein bunter Stadtteil. Auf Initiative von Volker Götz und Claudia Stolle wird die LINKE Bezirksvertreterin Angelika-Kraft Dlangamandla darin unterstützt, diesen Charakter Garaths mit regelmäßigen Kundgebungen der Initiative „Garath Tolerant und Weltoffen“ hochzuhalten. Auf dem DGB-Fest zum 1. Mai 2018 hat dann der deutsch-russische Verein Kin-Top e.V. DSSQ in den Stadtteil eingeladen, wofür wir sehr dankbar waren. Kin-Top e.V. bringt Deutsche, Russlanddeutsche und syrischstämmige „Neu-Garather*innen“ zusammen. Das durften wir auf einem Stadteilstfest erleben, auf dem wir als DSSQ erstmals einen Infostand hatten.

Was plant DSSQ für die Zukunft?

Wir wollen eine antirassistische Gruppe in Garath aufbauen. Das nächste große Projekt auf dem Weg dahin ist ein Hip-Hop-Konzert gegen Rechts. Am 15. September bringen wir den Garatherinnen und Garathern ein hochkarätiges Line-up auf den Platz vor der Freizeitstätte. Wir überlassen keinen Stadtteil den Rechten.

www.duesseldorf-stellt-sich-quer.de
www.facebook.com/duesseldorfstellt-sich-quer/
 @duesseldorfquer

Aus Kämpfen lernen-
 Gewerkschaften zwischen Gegen-
 macht und Co-Management

Gewerkschaftspolitische Konferenz
 DIE LINKE Düsseldorf

Samstag 13. Oktober 2018
 11- 16 Uhr
 Bürgersaal in den Bilker Arcaden,
 Friedrichstr. 133, 40217 Düsseldorf

Mit Bernd Rixinger,
 Bundesvorsitzender DIE LINKE

Fairer Mindestlohn jetzt

Im Juni 2018 wurde bekannt gegeben, dass der gesetzliche Mindestlohn von aktuell 8,84 Euro/Stunde Anfang 2019 auf 9,19 Euro/Stunde angehoben werden soll. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht darin „ein wichtiges Signal“. Was er dabei verschweigt: erst im Mai 2017 musste das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Heil nun vorsteht, auf Nachfrage der LINKEN im Bundestag gestehen, dass man mindestens 11,85 Euro/Stunde verdienen muss, um nach 45 Beitragsjahren mit einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden eine Nettorente zu erhalten, die über dem Niveau der Grundsicherung liegt. Ja, es hat Signalwirkung, wenn Menschen ihr Leben lang arbeiten, um dann trotzdem beim Amt aufstocken zu müssen. Ein Signal für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft, wie Heil meint, ist die Erhöhung nicht – ganz im Gegenteil. Wenn die Bundesregierung schon nicht der LINKEN glaubt, dass der Mindestlohn mindestens 12 Euro betragen muss, dann bitte wenigstens ihrem eigenen Ministerium.

DIE LINKE wirkt

Die LINKE in NRW verzeichnet weiterhin einen Mitgliederzuwachs. Vor Kurzem knackte der Landesverband NRW der LINKEN die 8.000 Mitglieder-Marke. Diese Menschen und die vielen Sympathisant*innen haben ein gemeinsames Ziel: eine freiere, gleichere und gerechtere Gesellschaft für alle! Dafür setzen sie sich Tag für Tag vielfältig ein. Solidarität und Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten wird dabei groß geschrieben. Sei es die Arbeit im Stadtrat, in Bezirksvertretungen, im alltäglichen Gespräch mit Freund*innen und Kolleg*innen, durch Rechtsberatungen oder bei Demonstrationen. Auch ein Blick über die Grenzen NRWs soll nicht fehlen: Die LINKE ist im Bundestag und in neun Landesparlamenten vertreten. In zwei Bundesländern ist sie an der Regierung beteiligt und in einem weiteren Bundesland stellt sie sogar den Ministerpräsidenten. Entgegen den Unkenrufen: linke Politik macht unsere Gesellschaft schon jetzt sozialer, solidarischer, gerechter. Diesen Weg werden wir konsequent weiter beschreiten.



Immer aktiv gegen Rechts

Foto: © Audiomat

ben, dass DSSQ beispielsweise zu Sitzblockaden aufruft. Besonders wichtig ist die Mitgliedschaft von Gewerkschaften bis hin zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Gewerkschaften haben keine Berührungspunkte mit Protesten und sind Vorreiterinnen bei der Bekämpfung von Rassismus.

Die regelmäßige Arbeit leistet bei DSSQ ein Netzwerk ohne formale Strukturen. Die Aktiven kommen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen und es kommen auch neue hinzu. Beweglichkeit, Kontakte, Zugriff auf ganz unterschiedliche Ressourcen und vor allem viel Energie haben es DSSQ ermöglicht, äußerst kurzfristig beinahe alles zu organisieren: von kleinen Aktionen und Bildungsveranstaltungen über Benefiz-Konzerte, bis hin zu großen Protesten. DSSQ ist für die Aktiven keine Pflichtveranstaltung, sondern eine Herzensache.

fe wegen einer „zu spät angemeldeten“ Kundgebung. Es ist haarsträubend und frisst Zeit und Ressourcen.

Wie steht die Öffentlichkeit zu Düsseldorf stellt sich quer?

Soweit ich das sagen kann, finden es die meisten Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ganz gut, dass jemand den Arsch in der Hose hat, sich Rassisten entgegenzustellen. Die meisten Menschen möchten nicht, dass in ihrer Nachbarschaft Rechtsradikale durch die Straßen ziehen und gegen Ausländer oder kulturelle Minderheiten hetzen. Sehr viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer halten es für eine Katastrophe, dass die AfD in den Bundestag eingezogen ist. Als Reaktion darauf hat DSSQ viel neue Unterstützung gewonnen. Die Menschen in den Stadtvierteln wehren sich gegen den Rechtsruck. Aktuell beginnen wir in Garath, mit dem deutsch-russischen Verein Kin-Top e.V.

Heuschrecken über Düsseldorf

Multinationale Immobilienkonzerne kaufen die Stadt

OB Geisel verkündete auf der weltgrößten Fachmesse für Immobilien am 14. März 2018 in Cannes stolz: „Mit rund 3,1 Milliarden Euro Transaktionsvolumen bei Immobilieninvestments in 2017 wird das Rekordergebnis von 2015 noch überflügelt. Etwa 65% des Transaktionsvolumens wird von ausländischen Investoren generiert.“

Welches Interesse haben diese Investoren am Grundstückserwerb in Düsseldorf?

Die luxemburgische LORAC Investment Management S.a.r.l. hat in der Vergangenheit bundesweit Postgrundstücke aufgekauft und diese „entwickelt“. In Düsseldorf hat sie sich das Projekt Grand Central (Kölner/Moskauer Straße) gegriffen, das inzwischen auf die Catella Management übergegangen ist. Die PATRIZIA Immobilien AG, Investorin bei der Verwertung des Glasmacherviertels, verkaufte 2017 die Grundstücke - rund 1.500 Wohnungen sollen dort entstehen - für über 120 Mio. Euro an die Brack Capital Properties NV. (Tochter dieses Unternehmens wiederum ist die „Grafental GmbH & Co KG“).

Ein weiteres Beispiel ist die „Frankonia Eurobau“, Investor des Andreas-Quartiers in der Altstadt und inzwischen auch des Projekts „Heimathafen“ an der Speditionsstraße, jetzt „Win-Win“.

Grundstückshandel als Spekulationskarussell

Zielen die aufgeführten Investitionen auf das erfolgreiche Schaffen bezahlbaren Wohnraums in Düsseldorf? Nein. Hier geht es um spekulativen Erwerb von Immobilien und anschließende profitable Weiterveräußerung. Ziel ist nicht das Bauen von Wohnungen, sondern ausschließlich das kurzfristige Profit schlagen aus Grundstückserwerb und Weiterveräußerung. Der überhitzte Immobilienmarkt dieser Stadt bietet dafür beste Chancen.

Auch die Stadt mischt mit und veräußert kostbarstes Tafelsilber. Städtische Grundstücke werden an die höchstbietenden Heuschrecken verschleudert, in diesem Jahr bereits im Umfang zwischen 60 und 80 Millionen Euro. Für eigenen Wohnungsbau stehen diese dann nicht mehr zur Verfügung.

Damit muss Schluss sein! Kommu-

naler Wohnungsbau statt Beteiligung am Spekulationskarussell!

Wir fordern: Der Rat muss sich endlich an die Versprechen der Ampel-Kooperationsvereinbarung von 2014 halten: „Düsseldorf hat weiterhin einen großen Bedarf im Wohnungsneubau, insbesondere hinsichtlich der Versorgung mit Wohnraum von Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen. Das Angebot an bezahlbaren altengerechten und betreuten Wohnformen wollen wir in allen Düsseldorfer Stadtbezirken ausbauen.“

Es gilt, den Kampf für bezahlbaren Wohnraum aufzunehmen: Mit engagiertem kommunalem Wohnungsbau, in eigener Regie, auf Grundstücken in städtischem Eigentum!

DIE LINKE wird ab Herbst bundesweit starke Signale setzen für unser Grundrecht auf Wohnen. Wir wollen die öffentliche Kontrolle über Grund und Boden in die gesellschaftliche Debatte einbringen. Es gilt, Bodenspekulation zu verhindern, Mieten zu deckeln und Mietobergrenzen durchzusetzen. Wir fordern ein Neustart für den sozialen Wohnungsbau mit 250.000 zusätzlichen Sozialwohnungen pro Jahr!

Der Kampf für mehr Personal in den Krankenhäusern geht weiter

Die katastrophale Personalsituation in den Krankenhäusern rückt immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Obwohl das Problem seit vielen Jahren besteht, haben die Krankenhausträger wie die politisch Verantwortlichen immer wieder abgewiegelt. Mittlerweile fühlt sich die Bundesregierung durch die Protestaktionen der Beschäftigten, die Streiks und die begleitenden Medienberichterstattungen endlich genötigt, erste -wenn auch völlig unzureichende- Maßnahmen zumindest anzukündigen.

Nach einer Reihe von Warnstreiktagen an der Uniklinik Düsseldorf seit November 2017 ging es Anfang Juli 2018 in den unbefristeten Erzwingungsstreik in den Unikliniken Düsseldorf und Essen. Die erpresserische Haltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Tarifgespräche in anderen Bereichen abbrechen, wenn die Streiks für einen Entlastungstarifvertrag nicht beendet würden, hat die Kampfbereitschaft der Streikenden nur verstärkt. Der Arbeitskampf hat in der Uniklinik bereits zu starken finanziellen Einbußen geführt. Das hat die Arbeitgeber dazu gebracht, Gespräche mit der Gewerkschaft zu führen, nachdem sie monatelang erklärt hatten, dass ihnen dies gemäß der TdL nicht gestattet sei. Für den Zeitraum der Gespräche wurde der Streik ausgesetzt.

Nach vier Verhandlungstagen ohne Arbeitgeberangebot erklärte die Gewerkschaft ver.di die Gespräche für gescheitert und kündigte an, den Streik am 30. Juli fortzusetzen. Auch die Tochterfirmen der Uniklinik Düsseldorf, GKD und UKM, haben ihren Streik für einen Vergütungs- und Manteltarifvertrag fortgesetzt. Wichtig ist, den Kampf der Beschäftigten in den Krankenhäusern zu unterstützen. Der Druck auf die Träger der Krankenhäuser, ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Hand, sowie die Bundesregierung muss erhöht werden. In Berlin und Hamburg werden Volksentscheide organisiert, in immer mehr Städten Bündnisse zur Unterstützung gegründet. Ziel muss eine Entlastung der Beschäftigten und eine verbindliche Personalbemessung für alle Krankenhäuser sein. Das ist nicht nur wichtig für die Beschäftigten, sondern für uns alle.

Im Würgegriff der EU-Staaten

Griechenland in der Fallgrube der Austeritätspolitik

2019 wird ein neues EU-Parlament gewählt. Wie weit es mit dem Gedanken der Europäischen Union gekommen ist, kann man am Beispiel Griechenlands sehen. Seit der Abriegelung der Balkanroute und dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Flüchtlings-Deals ist Griechenland zur Endstation und zur Falle für viele Schutzsuchende geworden. Statt Schutz und Hilfe zu erhalten, stranden sie im Elend und ohne Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Würde. In Griechenland gibt es kein funktionierendes Schutzsystem mehr, seit das Land durch den Druck der EU und des IWF gebrochen wurde. Es mangelt Flüchtlingen wie vielen Einheimischen an allem, an Unterkünften, Nahrungsmitteln und medizinischer Grundversorgung. Die anderen Staaten der EU entziehen sich ihrer Verantwortung, indem sie bewusst die nationalstaatlichen Grenzen als Grenzen ihrer eigenen Verantwortung anführen.

Griechenland mag vielleicht den tiefsten Punkt der Finanzkrise überwunden haben, aber zu welchem Preis? Der Kapitalismus schafft es, aus Problemen, die er selbst verursacht hat, Geschäftsmodelle zu entwickeln. Griechenland wird durch Zinszahlungen etwa auch an Deutschland weiter ausgepresst und mit den dort gestrandeten Flüchtlingen



Griechenland ist durch die EU in die Krise gestürzt Foto: (CC BY-SA 2.0) flickr/Elias Bizannes

als zusätzlichem Problem alleine gelassen, während Krankenhäuser auf Spenden angewiesen sind, Familien ihre Kinder kaum selbst versorgen können und immer mehr SOS-Kinderdörfer gebaut werden müssen.

Vor dem Hintergrund der EU-Wahl 2019 muss es das erklärte Ziel sein, dem Erstarken des Nationalismus und Militarismus in Europa ebenso entschieden entgegenzutreten wie der Anhängerschaft der AfD und der sich dieser anbietenden Meinungsführerschaft in

der CSU. Statt zwei Prozent des deutschen BIP für Rüstung zu veranschlagen, müssen diese 80 Milliarden Euro in ein solidarisches und menschenwürdiges Europa investiert werden. Eine soziale, solidarische Politik wollte die demokratisch legitimierte, sozialistische Syriza-Regierung in Griechenland. Die Machtpolitik der EU und insbesondere Deutschlands haben dies nicht zugelassen. Es braucht eine starke europäische Linke, um diesen menschenverachtenden Kurs endlich abzulösen.

1968 in Düsseldorf

Studentischen Protest gab es auch in der Landeshauptstadt

'68 war laut, radikal und beschäftigt uns noch immer. Vor 50 Jahren protestierten unzählige Menschen weltweit gegen US-Imperialismus, Kapitalismus und starre gesellschaftliche Strukturen. Die internationalen Proteste gaben wichtige Impulse und setzen sich bis heute in gesellschaftlichen Kämpfen fort. Wer sich mit '68 beschäftigt, findet viele Parallelen zu heute: völkerrechtswidrige Kriege, verschärfte Sicherheitsgesetze, Streiks und besetzte Universitäten in Frankreich. Es gibt also Ähnlichkeiten.

Die 68er-Bewegung aber war eine Besonderheit. Sie war für die junge BRD ein großes emanzipatorisches Ereignis nach der Naziherrschaft. Auch in Düsseldorf protestierten die Studierenden der damals kleinen Universität Düsseldorf. Nach der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 zogen rund 2.000 Studierende aus Düsseldorf und Duisburg in einem Trauermarsch durch die Altstadt. Kleinere Demonstrationen gab es auch nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und zur Notstandsgesetzge-

bung. Im Vergleich zu den Protesten in West-Berlin hört sich das nach wenig an. Man sollte aber bedenken, dass nur etwa 1.000 Studierende an der damals noch jungen Universität eingeschrieben waren. Ein Fazit muss dennoch lauten: Eine radikale Protestbewegung gab es an der Universität Düsseldorf nicht. Der konservative AstA schien nicht an einer Protestkultur interessiert gewesen zu sein. Trotz dem Bemühen von Schüler*innen den Protest mit Schulstreiks und einer Demonstration für eine Bildungsreform gemeinsam mit den Studierenden auszuweiten, konstatierte im Mai '68 eine Düsseldorfer Zeitung: „An der Universität Düsseldorf läuft der Lehrbetrieb normal.“ Für NRW stellte der damalige Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) 1969 mit Genugtuung fest: „Hier hat es kein München, kein Frankfurt, kein Hamburg und kein Berlin gegeben.“ Entgegen der Diffamierungen übte '68 großen Einfluss auch auf die Düsseldorfer Studierenden der 70er Jahre aus. Im Studierendenparlament gewannen linke Listen an Wählerstimmen und zahlreiche studentische Zeitschriften entstanden. So zum Beispiel der „Rote Hahn“ der Sozialistischen Düsseldorfer Studentengruppe (SDS). Der 1973 gegründete SDS ist somit auch für die heute bestehenden Hochschulgruppe Die Linke.SDS ein wichtiger Impulsgeber aus '68.



Studentenproteste West-Berlin 1967/68

Foto: (CC BY-SA 2.0) Ludwig Binder/HdG

ÖPNV statt Individualverkehr stärken

Verkehrspolitik in Wien - ein Zeig in die richtige Richtung

In unserer Gesellschaft wird vielfach behauptet, Autos seien aus Städten nicht wegzudenken. Die LINKE widerspricht dem klar. Ein Beispiel dafür ist die österreichische Hauptstadt Wien. Im Mai 2012 wurde in Wien ein Jahresticket für 365 Euro eingeführt. Von 2012 bis 2017 stieg dadurch die Anzahl der Jahreskartenbesitzer*innen von 501.000 auf 733.000. Auch der Anteil des ÖPNV am Transportwesen hat sich erhöht. 1993 fuhren nur 29 % der Einwohner*innen mit Bussen und Bahnen, im Jahr 2016 waren es hingegen schon 39 %. Gegensätzlich dazu hat sich der Autoverkehr von 40 % auf 27 % im selben Zeitraum reduziert. Zudem weist Wien im neuesten Energiebericht stolz darauf hin, dass in der Stadt erstmals mehr Jahreskartenbesitzer*innen als zugelassene PKW zu verzeichnen sind.

Ganz anders ist es in Düsseldorf. Hier ist der ÖPNV in den Hauptverkehrszeiten hoffnungslos überfüllt. Ein Beispiel dafür ist die stark genutzte U79 zwischen Düsseldorf und Duisburg, wo Fahrgäste teilweise an den Bahnstei-

gen morgens und abends zurückbleiben müssen, da nicht einmal ein Stehplatz mehr in den Fahrzeugen zu finden ist. Es reicht darum natürlich nicht aus, den Kund*innen preisgünstige Tickets anzubieten. Es muss parallel auch dafür gesorgt werden, dass der Nahverkehr die zusätzlichen Fahrgäste aufnehmen kann. Die Stadt Wien hat ihren Nahverkehr in den letzten Jahren darum immer weiter ausgebaut und plant, ihn auch in Zukunft noch massiver zu erweitern.

Gerade in Zeiten, wo europaweit über zu hohe Feinstaubwerte und großflächige Sperrungen der Innenstädte für PKW diskutiert wird, zeigt das 365-Euro-Ticket, dass es Alternativen gibt. Die LINKE will darüber hinausgehen und setzt sich perspektivisch für die Verwirklichung eines fahrscheinlosen ÖPNV ein. Das Beispiel Wien zeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, große Teile der Pendler*innen für den Umstieg auf den Nahverkehr zu gewinnen. Dieses Ziel erfordert allerdings den politischen Willen dazu.

Den ÖPNV nachhaltig auszubauen und mittelfristig fahrscheinfrei zu machen

ist weder eine kleine noch preiswerte Aufgabe. Die Kosten können gedeckt werden durch eine Umschichtung der Mittel im städtischen Etat.

Ebenso entfallen Verkauf und Kontrolle der Fahrscheine. Dem steht ein großer Gewinn an Lebensqualität für die Stadtbewohnerinnen und -bewohner gegenüber. Die Feinstaub- und Stickoxidbelastung auf den Hauptstraßen wird drastisch sinken, damit auch die Gesundheitsbelastung der Menschen, Verkehrsraum wird wieder zu Lebensraum, Staus und Verkehrsunfallrisiken werden reduziert.

Die LINKE verfolgt ein ganzheitliches Verkehrskonzept: mit dem Ausbau des Nahverkehrs geht oft eine positive Stadtentwicklung einher. Wir setzen uns darum auch für ein besseres Radwegenetz und mehr Platz für Fußgänger*innen ein. Der Rückbau von Autospuren macht die Straßen für Fahrräder und Fußgänger attraktiver. Die Städte könnten mehr begrünt und die Schadstoffemissionen gesenkt werden, sodass im Endeffekt eine Win-Win-Situation für Mensch, und Natur entsteht.

Wie in der Steppe

Düsseldorf bekam dieses Jahr den mindestens schon vierten „Jahrhundertssommer“ in 20 Jahren ab, Temperaturen bis zu 36 Grad und durch ausbleibenden Regen knochentrockene Böden und leidende Tiere und Pflanzen. Insbesondere junge Bäume mit noch kleinen Wurzeln trifft es hart und sie können sogar absterben. Dieses Bild bot sich an vielen Stellen. Das chronisch unterbesetzte Gartenamt war nicht in der Lage, der Situation auch nur ansatzweise beizukommen. Die Stadt macht sich angeblich Gedanken über den Umgang mit dem Klimawandel. Doch praktische Hilfe bleibt vielerorts aus, nachdem alleine aufgrund der Sturmschäden viele kleine Bäume nachgesetzt wurden, die nun zu vertrocknen drohen. Die Aufmerksamkeit der Stadtspitze liegt in anderen Bereichen, für die Geld locker gemacht wird, die Tour de France 2017 etwa oder das Open-Air Gelände für das letztlich verlegte Ed-Sheeran-Konzert, für das sogar noch 100 gesunde Bäume fallen sollten. OB und Stadt sollten ihre Prioritäten endlich auf die wirklich wichtigen Themen lenken.

DIE LINKE hilft

offene Sozialberatung

Donnerstag 15 - 17 Uhr

Freitag 10 - 13 Uhr

Kreisverband Düsseldorf
Corneliusstraße 108

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:

Udo Bonn, Julia Heggemann, Jupp Heinen (Fotos), Florian Heinrichs, Peter Kirchner, Torsten Lange, Olaf Nordsieck, Tom Obst, Birgit Spahr, Martin Wähler, Wolfgang Zimmermann, Dietmar Liebetanz

Tel: 0211 933 60 81

email: kontakt@die-linke-duesseldorf.de

web: www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.: Udo Bonn

Druck: Berliner Zeitungsdruck

Auflage: 30.000

Auto.Auto.Auto.

Viel mehr fällt der Stadt nicht ein. Alle Versuche der LINKEN, erste Schritte zu einer Verkehrswende einzuleiten, wurden verhindert. **S.3**

Verarmungsprogramm

Waschmaschine kaputt? Das Darlehen wird vom Hartz-IV-Satz abgezogen. Wie soll man davon leben? DIE LINKE fordert eine Mindestsicherung. **S.4**

Plastik im Trinkwasser

Untersuchungen zeigen, dass im Trinkwasser aus dem Rhein Mikroplastik ist. Eine Verbesserung der Filtertechnik ist nicht geplant. **S.5**

Menschenhandel

Zwangsprostitution gibt es auch in Düsseldorf. Nur weiß niemand etwas Genaues. DIE LINKE fragt nach der aktuellen Situation. **S.6**

Das Gesetz bin Ich



Foto: © Can Stock Photo / creatista / Montage: R(h)einblick

Vertreibung Wohnungsloser ungesetzlich

Neues Rechtsgutachten kritisiert Stadt und Ordnungsdienst

Der Düsseldorfer Ordnungs- und Servicedienst (OSD) besteht aus städtischen Angestellten, die für die Einhaltung der Vorschriften der „Düsseldorfer Straßenordnung“ sorgen sollen. Was in dieser Straßenordnung steht, ist allerdings politisch belastet und in Teilen rechtswidrig, so ein neues Gutachten von Rechtsanwalt Jasper Prigge, das DIE LINKE in Auftrag gegeben hatte. Jasper Prigge ist Experte für Verwaltungsrecht und ertritt im Mai diesen Jahres vor dem Verwaltungsgericht die Aufhebung des Alkoholverbots in der Duisburger Innenstadt.

Arbeitsauftrag: Vertreibung von Wohnungslosen

Eine konservative Ratsmehrheit hat vor Jahrzehnten weit auslegbare Verhaltensregeln erlassen: „Störungen in Verbindung mit Alkoholgenuß“, „Lagern in Personengruppen“, „Nächtigen“, „aggressives Betteln“ und „Lärmen“ verbietet § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung. Allesamt Verbote, die sich gegen Wohnungslose richten und mit der Sozialarbeit kollidieren, so kritisierte schon im Jahr 2006 die Diakonie. Der OSD treibt seitdem mit Verwarnungen und Bußgeldern die Woh-

nungslosen von Platz zu Platz. Das Ergebnis sind Konflikte, in denen der OSD auf der einen Seite steht und Wohnungslose mit ihren Streetworkern auf der anderen. Zuletzt geriet im November 2017 der OSD über die Bestrafung eines fiftyfifty-Verkäufers derart mit Streetworker Oliver Ongaro aneinander, dass gegenseitige Anzeigen folgten.

Auskünfte der Stadt zum Verhalten des OSD unbefriedigend

DIE LINKE kritisiert, wie schon die Diakonie, den Arbeitsauftrag des OSD – die Straßenordnung. Mit regelmäßigen Ratsanfragen versucht DIE LINKE herauszufinden, welche Folgen die Straßenordnung für Wohnungslose hat. Die Antworten der Stadt sind unbefriedigend. So hält der OSD beispielsweise nicht nach, wie häufig er Zwangsmaßnahmen wie Fesselungen durchführt oder wie oft er „gebührenpflichtige Verwarnungen“ bis 55 Euro ausspricht. Wenn der OSD ein Bußgeld verhängt, das nicht sofort bezahlt werden kann, behält er als Sicherheit von Wohnungslosen oft deren Mobiltelefon ein. Dies geschieht laut Stadtverwaltung rund hundertmal im Jahr.

„Straßenordnung in weiten Teilen rechtswidrig“

Das Rechtsgutachten von Jasper Prigge kommt nun zu dem Schluss, dass § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung „in weiten Teilen rechtswidrig ist.“ Der Eingriff in wesentliche Rechte von Wohnungslosen zur Durchsetzung von Verhaltensnormen ist unverhältnismäßig und juristisch angreifbar. Die Stadt entzieht sich bis heute einer gerichtlichen Klärung. Praktisch handelt der OSD seit Jahrzehnten wie eine „Sittenpolizei“.

Widerstand regt sich in der Bevölkerung kaum, so lange der OSD nicht die Falschen verwirrt: Im November 2017 empörte sich die Öffentlichkeit bundesweit über den Fall eines demontierten Rentners. OSD-MitarbeiterInnen hatten den 87-jährigen mit einem Wohnungslosen verwechselt und ihm 35 Euro dafür abgenommen, dass er sich für acht Minuten auf einer Bank an einer Haltestelle ausruhte - ohne Fahrabsicht.

Düsseldorf braucht keine Sittenpolizei. Wohnungslose zu vertreiben, ist unsozial und unethisch. § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung ist rechtswidrig und muss abgeschafft werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Sommer ist vorbei und damit auch das mediale Sommerloch, das jedes Jahr auftaucht und geschlossen werden muss.

In diesem Jahr wurde das Sommerloch auf lokaler Ebene der Neubenennung der Arena gewidmet. Sie heißt jetzt Merkur Spiel-Halle, pardon: Merkur Spiel-Arena.

Man sollte meinen, in Düsseldorf gäbe es wichtigere Probleme als sich mit dem Namen der Arena zu beschäftigen. Aber da schon so Viele sich dazu geäußert haben, wollen wir auch noch unseren (Düsseldorfer) Senf dazugeben.

In Zeiten, in denen von 90 Spiel-Hallen in Düsseldorf rund 30 geschlossen werden sollen, um wenigstens etwas gegen die Spielsucht zu unternehmen, halten wir die Namensgebung zumindest für bedenklich. Wir sind gespannt, ob unter den zu schließenden auch Merkur-Hallen dabei sind.

Von Befürwortern wird gerne ins Feld geführt, dass es auch Fußballarenen gibt, die nach Bier-Marken benannt wurden und darüber habe es auch keine Diskussion gegeben. Wir setzen sogar noch eins drauf: Es gibt auch Arenen, die nach Versicherungen und Banken benannt wurden. Aber es geht hier nicht um Arenen in anderen Städten, sondern um die in Düsseldorf.

Eigentlich müsste die Namensgebung der Arena von den DüsseldorferInnen und Düsseldorfern bestimmt werden. Seit über dreizehn Jahren wird die Arena mit jährlich mehr als 10 Millionen Euro gesponsert, also mit Steuergeldern. Einen Vorschlag hätten wir: Rhein-Stadion. Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

Hohe Kosten durch Autoverkehr

Wer in Düsseldorf in der Straßenbahn sitzt und auf die Autos vor sich schaut, kann auf interessante Ideen kommen: 100 Menschen, die für den Weg zur Arbeit eine Straßenbahn nehmen, müssten für die Stadt billiger sein als 100 Menschen, die ein Auto nehmen. Autos verursachen schließlich Dreck, Lärm, Unfälle – und auch die Staus. Dieses Gefühl ist richtig. An der Universität Kassel hat Prof. Carsten Sommer in einem Projekt des Bundesverkehrsministeriums dazu geforscht. Er untersuchte mit Verkehrsexperten der Kommunen die Kosten, welche die verschiedenen Fortbewegungsarten für Großstädte haben und entwickelt daraus ein Berechnungsmodell. Das Modell bezieht Kosten für Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Haltestellen mit ein, aber auch Folgen von Lärm, Umweltverschmutzung und Unfällen. Für die Städte Bremen, Kassel und Kiel hat Prof. Sommer die Kosten bereits errechnet. In allen drei Fällen ergab sich, dass durch den PKW-Verkehr weit höhere Kosten entstehen als durch den ÖPNV. DIE LINKE hat die Stadt im April auf das Modell hingewiesen – wir bleiben dran!

Stadt hält riskante RWE-Beteiligungen

Die Stadt Düsseldorf hält unverändert 5,6 Mio. Anteile am Energiekonzern RWE für ihr Tochterunternehmen Rheinbahn; das besagt eine Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der LINKEN vom 2. Juli. Eigentlich hatte der Stadtrat 2016 den Verkauf der Beteiligung an dem Unternehmen beschlossen. RWE produziert u.a. Uran für die maroden belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel, von denen ein atomarer Super-Gau befürchtet wird.

In der Antwort auf die Anfrage der LINKEN im Finanzausschuss erklärte die Stadtverwaltung, auf einen „günstigen Zeitpunkt“ für den Verkauf zu warten und „das Kurspotenzial der Aktien im Blick zu halten.“ Einem Verkauf müsse aber erst noch die Rheinbahn zustimmen. Oberbürgermeister Geisel bremst den Verkauf seit 2017, weil er auf einen steigenden Aktienkurs spekuliert. RWE wird an den Börsen seit dem Kurssturz von 2016 als mittel-riskanter Titel eingestuft.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Leiharbeit und und befristete Verträge in der Stadtverwaltung

Bei der Düsseldorfer Stadtverwaltung sind viele Personen in Leiharbeit oder befristet beschäftigt: 79 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter arbeiteten dort in den vergangenen drei Jahren, das ergab eine Anfrage der LINKEN im Personalausschuss. Zudem gibt es eine hohe Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen, aktuell sind hiervon 218 Personen betroffen. Ca. 25 % der Verträge wurden ohne sachliche Begründung befristet.

So gut wie alle städtischen Tochtergesellschaften arbeiten sowohl mit Leiharbeits- als auch mit befristeten Verträgen.

Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge spielen im deutschen Arbeitsleben eine immer größere Rolle. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter um das Zehnfache gestiegen, auf zuletzt über eine Million.

Wie prekär die Situation für die Betroffenen ist, hat selbst die Arbeitsagentur in ihrem Arbeitsmarktbericht (Februar 2018) festgestellt: „Das Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit aus Zeitarbeit ist überdurchschnittlich hoch“. Dafür aber ist die Entlohnung miserabel:

„Die erzielten Bruttoarbeitsentgelte in der Zeitarbeit sind unterdurchschnittlich. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte erhielten im Jahr 2016 im Mittel ein monatliches Bruttoarbeitsentgelt von 3.133 Euro. Der mittlere Verdienst in der Zeitarbeit war mit 1.816 Euro um 42 Prozent niedriger.“

Über drei Millionen Menschen sind bundesweit befristet beschäftigt. Etwa die Hälfte der Verträge wird ohne sachlichen Grund befristet. Insbesondere jüngere Menschen unter 25 Jahren erhalten zunehmend befristete Verträge. Für sie ist eine längerfristige Lebensplanung ausgeschlossen.

Die Stadt begründet sowohl Leiharbeit als auch befristete Arbeitsverträge mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dass sie als öffentlicher Arbeitgeber aber auch eine Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten hat, ignoriert sie völlig.



Zeitarbeit schützt nicht vor Arbeitslosigkeit

Foto: © DIE LINKE/Mang

Straßennamen und ihre Bedeutung

Heinrich-Lersch-Straße

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen unbenannt werden.

Heinrich-Lersch-Str. in Garath

Im Südwesten Garaths sind Straßen vornehmlich nach Schriftstellern benannt. Allerdings fällt ein Name auf Straßenschildern negativ auf: Heinrich Lersch, ein Kesselschmied aus Mönchengladbach, der Anfang des letzten Jahrhunderts als Dichter bekannt wurde, der das Leben der Lohnabhängigen beschrieb.

Bei Ausbruch des ersten Weltkriegs schrieb er im nationalistischen Pathos 1914 das Gedicht „Soldatenabschied“. Die Zeile „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ ist bis heute bei Alt- und Neonazis beliebt. In den 1980er Jahren formulierte die Punkband Slime diese Zeilen um: „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“ und zog sich damit nicht nur den Hass von Nazis,

sondern auch von Konservativen auf sich. Im Verlauf des Krieges verfasste er noch weitere Kriegsverherrlichende Gedichte. Mordwaffen werden mit Kultgegenständen verglichen und das Töten mit Gottesdienst.



Lersch (links) 1934 mit zwei HJ-Führern
Foto: © DLA Marbach

Kein Wunder, dass die Nazis sehr früh auf Lersch aufmerksam wurden. Ende der 1920er Jahre trat er öffentlich für die Nationalsozialisten ein. Heinrich Lersch unterzeichnete im Oktober 1933 das Treuegelöbnis „88 deutsche Schriftsteller“ zur

Unterstützung Hitlers sowie den „Aufruf der Kulturschaffenden“ vom August 1934 zur Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers. Im gleichen Jahr trat er als Erwachsener der Hitler-Jugend bei und engagierte sich bei öffentlichen Veranstaltungen für das NS-Regime. 1935 wurde Heinrich Lersch Mitglied der NSDAP. Er schrieb seine alten Gedichte und Lieder im Sinne der NS-Propaganda um und erhielt im Oktober 1935 dafür den Rheinischen Literaturpreis.

In der Öffentlichkeit trat Heinrich Lersch mit Ansprachen „Zur Erfüllung der deutschen Geschichte durch das Dritte Reich“ auf. Weiter hielt er Vorträge vor der Hitlerjugend, auf Kraft-durch-Freude-Reisen und Veranstaltung der Deutschen Arbeiterfront im Rundfunk. Ebenso trat er bei verschiedenen örtlichen Festen mit seinen Gedichten auf.

Trotz dieser Vorgeschichte wurde in den 1960er Jahren eine Straße in dem neuen Düsseldorfer Stadtteil Garath nach ihm benannt. Die Straße heißt bis heute so. In Gelsenkirchen fand bereits 1946 die Umbenennung einer Heinrich-Lersch-Straße statt. Es wird höchste Zeit, dass dieser Straßename aus dem Düsseldorfer Stadtbild verschwindet.

Pläne für Verkehrswende blockiert

SPD, Grüne und FDP gegen Stärkung des ÖPNV

Am 21. August legte die Bezirksregierung ihre Luftreinhaltepläne für Düsseldorf vor. Die auf den letzten Drücker angekündigte Modernisierung der Rheinbahn-Busflotte bis 2020 soll Düsseldorf vor Fahrverboten für Diesel-PKW retten. SPD-Oberbürgermeister Geisel setzt darauf, dass er den Diesel-Abgasskandal beinahe tatenlos übersteht.

Autokonzerne zur Verantwortung ziehen

Es ist gerecht, dass nicht die Diesel-PKW-Besitzer für die Verweigerungshaltung der Autokonzerne bei der Motoren-Umrüstung büßen müssen. Ohne drohende Fahrverbote muss man aber fürchten, dass die Ampelkoalition im Stadtrat noch weniger gegen die Abgasbelastung in Düsseldorf unternimmt. Schon bisher hat sie alle Versuche der LINKEN abgewehrt, eine ernsthafte Verkehrswende einzuleiten.

Warum Tübingen statt Düsseldorf?

DIE LINKE hatte im Stadtrat beantragt, dass in einem mehrjährigen Versuch mit Fördermitteln des Bundes die Rheinbahn gratis nutzbar wird. Mit



Nur Autos im Kopf

Foto: © Can Stock Photo/focalpoint

diesem konkurrenzlos attraktiven Mobilitätsangebot hätte die Rheinbahn das Auto ausstechen und die Straßen entlasten können. Die Ratsmehrheit lehnte jedoch ab, dass Düsseldorf sich wie Tübingen bei der Bundesregierung um die Förderung eines solchen Pilotprojekts bewirbt.

Einen zweiten Antrag, der kostengünstig und schnell umsetzbar wäre, lehnte die Ratsmehrheit ebenfalls ab: DIE LINKE beantragte ein Tempo 30 für Autos in der Innenstadt. Selbst der wissenschaftliche Beirat des Bundesverkehrsministeriums hat Tempo 30 innerorts zur Stauvermeidung und Abgasreduktion vorgeschlagen. Weiterhin machte DIE LINKE den Vorstoß, dass Düsseldorf an der Europäischen Mobilitätswoche teilnimmt und als Höhepunkt am 22. September einen autofreien Tag durchführt. Auch das wurde abgelehnt.

Statt wie versprochen eine entschiedene Verkehrswende zur Verringerung der Abgasbelastung einzuleiten, versucht die Ampelkoalition im Rathaus weiter, den Diesel-Abgasskandal auszusitzen. Umwelt und Gesundheit bleiben dabei auf der Strecke.

Schwere Geburt

Hebammensuche in Düsseldorf wird zum Glücksspiel

Für werdende Eltern wird es in Düsseldorf immer schwieriger, eine Hebamme zu finden. Im ersten Quartal 2018 musste die Hebammenzentrale allein 689 Anfragen ablehnen. Die Situation spitzt sich zu, da die Zahl der Hebammen aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen immer weiter abnimmt.

Die Wenigen, die es in Düsseldorf noch gibt, betreuen bevorzugt Eltern in leicht erreichbaren Stadtteilen. In den zentralen Gebieten wie Stadtmitte und Flingern ist es so gut wie unmöglich, eine Hebamme zu finden. Hebammen

nehmen in den stadtnahen Gebieten ungern Aufträge an, da es dort an Parkmöglichkeiten fehlt.

Neben bundesweiten Regelungen zur Verbesserung der Berufssituation von Hebammen ist konkrete Hilfe in Düsseldorf erforderlich. Ein Ansatzpunkt sind die Ausnahmegenehmigungen, mit denen Hebammen fast überall Parken dürfen. Dies würde den ohnehin schwierigen Arbeitsalltag der Hebammen erleichtern. Aus einer Ratsanfrage der LINKEN geht hervor, dass die Ausnahmegenehmigungen aufgrund

der hohen Kosten (120 Euro pro Jahr) von den Hebammen nicht angenommen werden: Nur acht Hebammen besitzen aktuell solch eine Genehmigung.

Diese Kosten gehören in Düsseldorf abgeschafft. So könnte zumindest auf kommunaler Ebene etwas für die Hebammen getan werden. Eine Umfrage unter den Hebammen ergab, dass dann ein Großteil von ihnen eine Genehmigung beantragen würde. Einen entsprechenden Antrag der LINKEN im Stadtrat lehnten die anderen Parteien ab.

Während die Anforderungen an den Hebammenberuf wachsen, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen seit Jahren: Zahlte eine freiberufliche Hebamme im Jahr 2000 für die Haftpflichtversicherung jährlich 413 Euro, waren es 2017 ganze 7639 Euro. Neben den Haftpflichtkosten zählen ein geringes Honorar, Nachwuchsmangel und ausbleibende Wertschätzung zu den größten Problemen dieses Berufsstandes. Denn das, was Hebammen leisten, ist kein Wellness-Programm, sondern medizinisch notwendige, kompetente Unterstützung und Betreuung werdender Eltern.



Hilfe für Hebammen ist nötig

Fotos: © Linksfraktion-NRW

Hartz IV und Sozialhilfe: Hilfe bei Mieterhöhung

Eine teure Mieterhöhung, eine fehlerhafte Nebenkostenabrechnung oder Mängel an der Wohnung – Mieterinnen und Mieter benötigen immer öfter eine Rechtsberatung zu Mietfragen.

Hartz-IV-Beziehende können sich bei solchen Problemen an das Jobcenter wenden, bei Bezug von Sozialhilfe ist das Amt für Soziales zuständig. Ist eine Rechtsberatung notwendig, wird ein Beratungsschein für eine Mieterschutzorganisation ausgestellt.

Mieterverein oder Interessenverband Mieterschutz helfen den Betroffenen dann, sich gegen ungerechtfertigte Praktiken der Vermieter zu wehren. Solche Probleme treten immer häufiger auf; das ergab eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Sozialausschuss: Im Jahr 2017 wurden 1.025 Beratungsscheine ausgestellt, ein Jahr zuvor waren es noch 73 weniger.

Auch Geringverdienende können unter bestimmten Voraussetzungen einen Beratungsschein für eine kostenlose Rechtsberatung beantragen. Wie viele solcher Beratungsscheine das Amt für Soziales ausstellte, wird statistisch nicht erfasst.

Hartz-IV-Sanktionen auf hohem Niveau

11.517 Sanktionen wurden im vergangenen Jahr gegen Hartz-IV-Beziehende in Düsseldorf verhängt; das ergab eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im städtischen Sozialausschuss. Die Betroffenen müssen nach einer solchen Kürzung von durchschnittlich 323 Euro im Monat leben. Das dürfte in Düsseldorf kaum möglich sein.

Ein Drittel der Hartz-IV-Sanktionen traf Haushalte mit Kindern, häufig waren zudem Alleinerziehende betroffen. Fast 90 Prozent der Sanktionen sind nur deshalb verhängt worden, da Termine nicht eingehalten wurden. Die Zahl der Hartz-IV-Sanktionen ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren stark gestiegen – vor zehn Jahren wurden nur halb so viele Sanktionen verhängt.

Hartz-IV-Sanktionen führen zu realer Not und einem Leben unter dem Existenzminimum. Besonders schlimm sind Sanktionen, wenn sie Kinder treffen. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Sanktionen.

Hartz-IV-Bescheide oft fehlerhaft

Ob es um die Verhängung von Sanktionen, die Anrechnung von Einkommen oder die Berechnung der Unterkunftskosten geht – das Jobcenter Düsseldorf trifft häufig fehlerhafte Entscheidungen zum Nachteil der Hartz-IV-Beziehenden. Von 586 Klagen beim Sozialgericht im vergangenen Jahr gegen das Jobcenter wurden 241 Klagen – über 40 Prozent – zugunsten der Hartz-IV-Beziehenden entschieden. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf findet es erschreckend, dass die Betroffenen erst vor Gericht ziehen müssen, bevor sie ihr Recht erhalten.

Gegen eine Entscheidung des Jobcenters kann Widerspruch eingelegt werden. Das Jobcenter muss dann seine Entscheidung noch einmal überprüfen. Rund 3.000 Mal musste das Jobcenter Düsseldorf 2017 daraufhin einen Bescheid korrigieren. Lenkt das Jobcenter allerdings nicht ein, können die Hartz-IV-Beziehenden klagen und die Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen.

Kassensturz bei Tour de France

Die Tour de France-Startetappe im vergangenen Jahr in Düsseldorf wurde für die Stadt noch teurer als bisher angenommen. Die vorläufige Endabrechnung offenbart eine Reihe von Fehleinschätzungen bei der Kostenkalkulation.

Während im März 2016 davon ausgegangen wurde, dass die Stadt ein Defizit in Höhe von 3,2 Millionen Euro tragen muss, hatte sich dieses bis Juli 2016 bereits auf 4,92 Millionen Euro erhöht. In der vorläufigen Endabrechnung, die im Juni 2018 dem Stadtrat vorgestellt wurde, beläuft sich das Defizit auf stolze 7,8 Millionen Euro.

Das Rechnungsprüfungsamt hat in seinem Abschlussbericht mehrere Mängel festgestellt. Es ist die Rede von Fehleinschätzungen und Risiken, die nicht rechtzeitig erkannt wurden. Die Stadt hat nichts unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Im Bericht heißt es: „Die Vorgehensweise ist bei den Erträgen und Aufwendungen uneinheitlich und um Budgetabweichungen im Bereich der Aufwendungen rechtzeitig erkennen zu können, nicht geeignet.“

DIE LINKE kritisierte die schönrechneten Zahlen von Anfang an.

Förderschulen immer noch die Regel

Inklusion wird in Düsseldorf schlecht umgesetzt

Kinder mit und ohne Behinderung lernen ganz selbstverständlich in der gleichen Schule – Länder wie Finnland oder Italien zeigen, dass das möglich ist.

Der PISA-Vorreiter Finnland hat in den letzten 30 Jahren zwei Drittel seiner Förderschulen abgeschafft. In Italien gibt es seit 40 Jahren sogar gar keine Förderschulen mehr, sondern eine Schule für alle. In Finnland werden Kinder mit Behinderung neben dem Unterricht gezielt gefördert. Italienische Schulklassen werden in Doppelbesetzung von einer normalen Lehrkraft und

einer sonderpädagogischen Lehrkraft unterrichtet. Hierdurch wird gewährleistet, dass kein Kind unter- oder überfordert wird.

Durch die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat auch Deutschland sich verpflichtet, eine flächendeckende Inklusion an Schulen umzusetzen. Leider werden die für eine vernünftige Umsetzung notwendigen Mittel nicht bereitgestellt. Es findet keine Doppelbesetzung statt; zudem sind viele Klassen zu groß. Aufgrund der mangelhaften Umsetzung gehen die

meisten Kinder mit Behinderung noch immer auf Förderschulen.

Unzureichende Förderung an Regelschulen

Wie die Inklusion an den Schulen in Düsseldorf umgesetzt wird, hat DIE LINKE mit einer Anfrage im Schulausschuss öffentlich gemacht. Es zeigte sich, dass an fast allen Schulen zu wenige Stellen im Bereich der Inklusion besetzt sind. Der ohnehin unzureichende Stellenschlüssel wird in der Regel nicht erfüllt. Dies betrifft insbesondere Schulen mit einer hohen Inklusions-Quote.

Weiterhin findet die Inklusion in Düsseldorf sehr ungleich verteilt an den einzelnen Schulformen statt. Die Hauptschulen (insgesamt 280 Kinder mit Behinderung) und die Gesamtschulen (256) stemmen den Großteil der Inklusion, gefolgt von den Realschulen (137) und den Gymnasien (17).

Damit die Regelschule eine echte Alternative zur Förderschule wird, muss erheblich mehr Geld und Personal eingesetzt werden. In Deutschland leben über 150.000 Kinder im schulpflichtigen Alter mit einer anerkannten Behinderung. Inklusion muss eine Selbstverständlichkeit werden – was in Finnland oder in Italien geht, sollte auch in Deutschland möglich sein.



Inklusion ist ein Gewinn für Alle

Foto: (CCO) pixabay/Stefan_Schranz

Leben am Existenzminimum

Hartz-IV-Darlehen führen zu tausenden Kürzungen

Wenn die defekte Waschmaschine ersetzt oder eine Mietkaution bezahlt werden muss, bleibt Hartz-IV-Beziehenden oft nur ein Darlehen vom Jobcenter. Anschließend wird ihnen der Regelsatz so lange gekürzt, bis das Darlehen zurückbezahlt ist.

10.552 Personen wurde in den vergangenen fünf Jahren in Düsseldorf daher Geld abgezogen – alleine 2.103 Mal im letzten Jahr. Durchschnittlich wurde der Hartz-IV-Regelsatz dabei um 36,90 Euro pro Monat gekürzt, das ergab eine Anfrage der LINKEN im städtischen Sozialausschuss.

Das Einkommen der Betroffenen verringerte sich damit auf rund 370 Euro pro Monat für Alleinstehende und 330 Euro für Partner in einer Bedarfsgemeinschaft. Hiervon müssen dann Nahrungsmittel, Getränke, Bekleidung, Energie, Telefon, Internet, Verkehr, Gesundheitspflege und Kulturangebote bezahlt werden. Im teuren Düsseldorf ist das kaum möglich.

Besonders problematisch ist, dass das Einkommen durch die Kürzungen unter die Schwelle dessen sinkt, was als Existenzminimum bezeichnet wird (das Gleiche passiert übrigens bei Hartz-IV-

Hartz-IV-Beziehende benötigen jeden Euro ihres Einkommens. Geld hiervon anzusparen um unvorhersehbare, aber dringend erforderliche Ausgaben tätigen zu können, ist in der Regel nicht möglich. Genauso unmöglich ist ein Leben mit dem gekürzten Regelsatz.

Auffällig ist, dass in Düsseldorf immer mehr Hartz-IV-Beziehende Darlehen für hohe Mietkautionen brauchen. Die Zahl der Darlehen für „Mietkautionen und Genossenschaftsanteile“ ist von 23 im Jahr 2014, über 187 in 2015 und 398 in 2016 auf ganze 650 im vergangenen Jahr angestiegen. Die katastrophale Lage auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt macht sich also auch hier bemerkbar.

DIE LINKE fordert statt Hartz-IV eine Mindestsicherung, die nicht gekürzt werden kann. Wer arbeitslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit müssen bekämpft, soziale Sicherheit garantiert und Armut beseitigt werden.



Hartz IV heißt Verarmung

Foto: © DIE LINKE

Sanktionen). Wenn auch in der Rechtsprechung höchst umstritten, zeigen die Zahlen, dass dieses Vorgehen in Düsseldorf gängige Praxis ist.

Mikroplastik im Trinkwasser

Die Stadt will nicht nachmessen



Auf dem Wasser ganz lustig - im Wasser zerkleinert nur eklig

Foto: © freeimages/jenny w

Drei Viertel des Düsseldorfer Trinkwassers stammt aus dem Rhein; dabei ist er laut einer Untersuchung der Universität Basel das am stärksten mit Mikroplastik verseuchte Binnengewässer der Welt. Winzige Plastikpartikel aus Verpackungen, Einwegprodukten, Kosmetika etc. treiben inzwischen durch fast alle Meere, Flüsse und Seen der Erde. Über das Wasser und die Nahrungskette gelangt dieses schadstoffbelastete Mikroplastik schließlich auch in den menschlichen Körper. Die gesundheitlichen Folgen sind weitgehend unerforscht.

Bis zu zwei Drittel des Mikroplastiks nicht gemessen

Vermutlich ist der Rhein sogar dreimal stärker belastet als die Baseler Studie nachweisen konnte. Mikroplastik-Partikel unterhalb einer Größe von 300 Mikrometern gingen bei den bisherigen Untersuchungen durch das zu weitmaschige Netz. Das meiste Mikroplastik scheint aber wesentlich kleiner im Durchmesser zu sein. Mit einem hochmodernen Infrarot-Spektrometer konnte das Alfred-Wegener-Institut Bremerhaven in der Arktis Mikroplastik-Partikel

bis zu 11 Mikrometer Durchmesser nachweisen. Das Spektrometer erkannte drei Mal so viel Mikroplastik im Wasser wie herkömmliche Messmethoden.

DIE LINKE fragte darum im Umweltausschuss der Stadt nach, wie stark das Düsseldorfer Trinkwasser mit Mikroplastik belastet ist und was die Stadt dagegen unternimmt. Die Antwort am 22. Juni war erschreckend: Bisher wurde unser Trinkwasser noch nie auf Mikroplastik untersucht.

LINKE fordert Aufklärung

Die eingesetzten Messverfahren sind nicht gut genug, um selbst relativ große Mikroplastik-Partikel zu erkennen. Die Stadt weiß nur, dass der Trübungsgrad des Wassers die zulässigen Grenzwerte gemäß Trinkwasserverordnung nicht überschreitet. Einen Rückschluss auf die Belastung mit Mikroplastik lässt das nur begrenzt zu. Die Stadt Düsseldorf plant auch keine Verbesserung der Messmethoden und keine Verbesserung der Filtersysteme – es ist ihr einfach zu teuer. DIE LINKE wird nun einfordern, dass Mikroplastik erstmals gemessen und dann gegebenenfalls die Trinkwasseraufbereitung verbessert wird.

Dieser Ort wird videoüberwacht!

Über 3.000 Überwachungskameras in Düsseldorf

Von der Bahnfahrt bis hin zum Heimspiel der Fortuna – überall gibt es Überwachungskameras, welche die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in ihrem Alltag beobachten. Insgesamt 3.089 Überwachungskameras sind über die Stadt verteilt, das ergab eine Anfrage der LINKEN im Düsseldorfer Stadtrat. Allein die Rheinbahn hat über 2.000 Kameras in ihren Bussen und Bahnen und an ihren Haltestellen angebracht. Die Aufzeichnung und Speicherung des Videomaterials verlaufen bei den jeweiligen Unternehmen vollkommen unterschiedlich: Von 72 Stunden Speicherdauer beim Flughafen bis zu mehreren Tagen bei der städtischen Tochter IDR. Unter bestimmten Umständen beträgt die Speicherung sogar ein halbes Jahr.

Im Zuge der öffentlichen Überwachung kommt es neben einer Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte auch oft zur Missachtung des Datenschutzes. Trotzdem wird die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen seit Jahren schleichend ausgeweitet. Dies begründen Politik und Polizei häufig mit einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und den Erfolgen in der Kriminalitätsbekämpfung. Tatsächlich trägt die Videoüberwachung im Großteil

der Fälle nicht zu einer Vorbeugung von Verbrechen bei, sondern nur manchmal zur nachträglichen Aufklärung.

Städte wie Mannheim oder Berlin zeigen, wohin die Ausweitung der Überwachung führt. Mannheim möchte noch in diesem Jahr Videokameras mit einer „intelligenten“ Software ausstatten. Diese Software soll verdächtiges Verhalten – wozu jedoch schon das bloße Rennen und hastige Bewegungen zählen – erkennen und somit automatisch einen Alarm auslösen. Am Berliner Bahnhof Südkreuz testet die Bundes-

polizei seit letztem Jahr Kameras mit automatischer Gesichtserkennung. Der ehemalige Bundesinnenminister de Maizière wünschte sich sogar den flächendeckenden Einsatz der Gesichtserkennung. Datenschützerinnen und Datenschützer warnen vor diesen Pilotprojekten, da sie der Einstieg in einen Überwachungsstaat sind.

DIE LINKE setzt sich gegen die Ausweitung der Videoüberwachung ein, weil diese eben nicht weniger Kriminalität, sondern weniger Persönlichkeitsrechte und weniger Datenschutz bedeutet.



Düsseldorf is watching you

Foto: (CC BY-SA 4.0) wikipedia/Raimond Spekking

Anzahl der Sozialwohnungen sinkt weiter

Das Versprechen der Stadtregierung für eine Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt hat sich nicht erfüllt. Die Zahl der Sozialwohnungen in Düsseldorf ist erneut gesunken. Wie eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss ergab, sind im vergangenen Jahr zwar 156 neue Sozialwohnungen entstanden, gleichzeitig jedoch 424 weggefallen. Aktuell gibt es nur noch rund 15.000 Sozialwohnungen in Düsseldorf (davon 1.528 bei der städtischen Wohnungsgesellschaft) – 2005 waren es noch über 34.000.

Der Bau von Sozialwohnungen wird öffentlich gefördert, um für Haushalte mit geringem Einkommen preiswerten Wohnraum bereitzustellen. Rund die Hälfte aller Menschen in Düsseldorf hat aufgrund der Höhe des Einkommens das Recht, eine Sozialwohnung zu beziehen. In Düsseldorf ist es jedoch kaum möglich eine solche Wohnung zu finden. Grund hierfür ist die verfehlte Wohnungspolitik.

SWD baut kaum neue Wohnungen

Düsseldorf braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Um eine wirkliche Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen, müsste die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWD) in großer Zahl bezahlbare Wohnungen bauen.

Eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss hat nun öffentlich gemacht, dass derzeit das genaue Gegenteil passiert: In den vergangenen zwei Jahren entstanden 78 neue Sozialwohnungen bei der SWD – gleichzeitig sind jedoch 367 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung und somit weggefallen. Mittlerweile besitzt die SWD nur noch 1.528 Sozialwohnungen. Weiterhin sind in den zwei Jahren 194 weitere bezahlbare Wohnungen komplett weggefallen – während lediglich 34 neu hinzugekommen sind. Eine Neuausrichtung der SWD ist notwendig: Sie muss als ein Instrument für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingesetzt werden. Hierzu muss mit einem Wohnungsbauprogramm und insbesondere mit dem Bau von Sozialwohnungen der aktuellen Entwicklung entgegen gesteuert werden. DIE LINKE bringt einen entsprechenden Antrag in die nächste Ratssitzung.

Kultur direkt vor Ort

Kulturveranstaltungen in unmittelbarer Nähe zum eigenen Wohnort? Stadtteilkultur macht dies möglich: Sie weckt Interesse für die nähere Umgebung und macht den Stadtteil zum Objekt des eigenen Engagements. Stadtteilkultur bietet kulturelle Teilhabe für Menschen aller Altersgruppen, aller sozialen und kulturellen Hintergründe und ermöglicht ihnen in den öffentlichen Raum hinein zu wirken. Sie ist unverzichtbar für das Gemeinwesen der Stadt. Falls sie denn in den Stadtteilen zu finden ist. Die Anwohnerinnen und Anwohner brauchen Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen und Projekten vor Ort. Die Stadt Düsseldorf hat einen Kulturentwicklungsplan, welcher, dem Wortlaut nach auf Weiterentwicklung des Kulturbereiches abzielt. Aus dem Kulturentwicklungsplan der Stadt Düsseldorf geht hervor, dass Kulturangebote in Wohnortnähe wesentlich besser angenommen werden. Eine größere Förderung der Stadtteilkultur ist also nötig.

In Düsseldorf gibt es acht städtische Bürgerhäuser, denen auch eine Funktion als Kultur- und Stadtteilzentren zukommt. Wie die Förderung der Stadtteilkultur aussieht und welche Rolle die Bürgerhäuser hierbei einnehmen, ist Gegenstand einer Anfrage der LINKEN im städtischen Kulturausschuss.

Düsselpass für Rentner unbefristet ausstellen

DIE LINKE beantragte im Düsseldorfer Stadtrat, den Düsselpass für Rentnerinnen und Rentner unbefristet auszustellen. Bisher muss dieser jedes Jahr aufs Neue beantragt werden. Die Stadtverwaltung prüft die Umsetzung.

Mit dem Düsselpass erhalten Menschen mit geringem Einkommen Vergünstigungen bei städtischen und privaten Angeboten aus Kultur und Sport. Hartz IV-Beziehenden wird der Düsselpass jedes Jahr automatisch zugeschickt. Geringverdienende und Menschen mit kleiner Rente müssen diesen jedoch jährlich neu beantragen. Hierbei wird geprüft, ob weiterhin ein Anspruch – aufgrund geringen Einkommens – besteht.

Da sich das Einkommen von Rentnerinnen und Rentnern selten ändert, sollte die Stadt auf die jährliche Prüfung verzichten. Der R(h)einblick wird berichten, ob die unbefristete Ausstellung kommt.

Zur Prostitution gezwungen

Menschenhandel ist Geschäftsmodell in Düsseldorf

Durchsuchungen von Düsseldorfer Wohnungen und Geschäftsräumen im Rahmen der Großrazzien gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel im April haben gezeigt, dass dieses globale Geschäftsmodell auch in der Landeshauptstadt floriert. Insgesamt wurden bundesweit 62 Orte von über 1.000 Beamten durchsucht, in Düsseldorf traf es ein Bordell an der Kölner Straße und ein Wohnhaus an der Kruppstraße. Auf Initiative der LINKEN widmet sich der städtische Gleichstellungsausschuss diesem Thema.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation gibt es mindestens 4,8 Millionen Zwangsprostituierte weltweit. Das Bundeskriminalamt schätzt die Zahl der Opfer in Deutschland auf mehrere Zehntausend pro Jahr. Die Frauen, die in deutschen Bordellen und Wohnungen zur Sexarbeit gezwungen werden, stammen vor allem aus Bulgarien, Rumänien und Nigeria.

Zwangsprostituierte sind den Menschenhändlern und der Situation hilflos ausgeliefert, werden gezielt isoliert



Kampf der Zwangsprostitution

© Can Stock Photo/Lynxaqua

und eingeschüchtert. Ausweisdokumente werden ihnen weggenommen, aus Angst wagt sich kaum eine der Betroffenen nach Hilfe zu suchen. Wie

sollte das auch funktionieren? Die Zuhälter bedrohen sie und auch ihre Familien massiv.

Die Folgen der Zwangsprostitution sind verheerend. Viele Opfer haben mit schweren psychischen und physischen Folgeschäden zu kämpfen. Rund ein Fünftel der Opfer sind minderjährig. Die meisten Fälle von Zwangsprostitution bleiben nach Einschätzung von Verbänden und Behörden unentdeckt, die Dunkelziffer ist hoch. Die Strafverfolgung des Menschenhandels ist schwierig, da die Tätergruppen sehr straff organisiert sind und professionell vorgehen.

Düsseldorf ist eines der Glieder in der Kette des Menschenhandels. Auf Antrag der LINKEN beschäftigt sich der Gleichstellungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit der aktuellen Situation der Zwangsprostituierten in Düsseldorf. Hierzu werden

alle relevanten Stellen wie Polizei, Justiz, die Fachstelle für Opfer von Frauenhandel und die Dortmunder Mitternachtsmission eingeladen.

Ampel kürzt bei Musikschule

DIE LINKE fordert Besetzung aller freien Stellen

Die Ratsfraktion der Düsseldorfer LINKEN lehnt die von der Ampelkoalition geplanten Stellenkürzungen bei der städtischen Clara-Schumann-Musikschule ab. Zudem fordert die Ratsfraktion, alle freien Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen.

Die Clara-Schumann-Musikschule bietet das wichtigste Angebot für eine musikalische Erziehung in Düsseldorf. Alle Kinder und Jugendlichen, die gerne selber musizieren möchten, sollten aus Sicht der LINKEN an der Musikschule diese Möglichkeit erhalten.

Die aktuelle Situation mit zehn unbesetzten Musiklehrer-Stellen führt bereits dazu, dass fast 3.000 Jungen und Mädchen auf einer Warteliste stehen. Das hat zur Folge, dass diese Kinder und Jugendlichen bis zu zwei Jahre lang ohne musikalische Förderung bleiben.

Durch das Projekt „Verwaltung 2020“, bei dem die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen zwanzig Prozent des städtischen Personals streichen will, sollen jetzt auch noch weitere Stellen bei der Musikschule wegfallen. Der Abbau von sieben zusätzlichen Stellen wurde bereits auf den Weg gebracht.

Dies wird die Situation an der Musikschule weiter verschärfen und die Frustration größer werden lassen.

DIE LINKE lehnt die Stellenkürzungen bei der Clara-Schumann-Musikschule genauso ab wie das gesamte Projekt „Verwaltung 2020“. Den städtischen Haushalt auf Kosten der Bildung von

Kindern und Jugendlichen zu sanieren, ist der vollkommen falsche Weg.

DIE LINKE fordert andere Wege als Kürzungen, zum Beispiel eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Die Mehrheit im Rathaus will lieber bei Personal, Bildung und Kultur sparen, anstatt die Konzerne in die Pflicht zu nehmen.



Sie muss bald alleine üben

Foto: (CCO) pixabay/ khamkhor

Auf die Barrikaden

Protestkultur seit Jahrzehnten Teil von Düsseldorf



Hiroshima-Tag 7. August 1962
Foto: © Anton Tripp/Fotoarchiv Ruhr Museum

zu diesen Themen durchführen und dadurch die Wichtigkeit und Bedeutung der Protestkultur betonen, vernachlässigt Düsseldorf diese komplett. Weder auf der städtischen Internetseite noch in den Jahrbüchern des Düsseldorfer Geschichtsvereins wird auf Protestkultur eingegangen.

Laut Anfrage der LINKEN im städtischen Kulturausschuss wäre das Stadtarchiv in der Lage, umfangreiches Material für Veranstaltungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen zur Verfügung zu stellen. Bisher plant die Stadt nichts zu diesen Themengebieten.

DIE LINKE fordert, dass Düsseldorf sich der Protestkultur offensiv annimmt und Veranstaltungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen durchführt. „Protest ist Teil lebendiger Stadtentwicklung und Menschenrecht in der De-

mokratie“, den Worten des Stuttgarter Stadtarchivleiters Müller ist nichts hinzuzufügen.

Die Hungerdemonstrationen im Jahr 1947, die Kämpfe gegen Wiederbewaffnung zu Beginn der 1950er Jahre, die erfolgreichen Proteste gegen die Zerstörung des Hofgartens Anfang der 1960er Jahre, die Studenten- und Schülerproteste Ende

Düsseldorf - Eventstadt

Brauchen wir ein Open-Air-Gelände?

Bereits im Frühjahr wurden Pläne bekannt, den Messeparkplatz zu einem Open-Air-Gelände umzubauen. Durch die Ankündigung, ein Ed Sheeran-Konzert schon im Juli auf diesem Gelände zu veranstalten, bekamen die Pläne eine außergewöhnliche Dynamik. Die Politik wurde durch die kurzfristige Terminierung erheblich unter Druck gesetzt.

Als sich abzeichnete, dass es im Rat keine Mehrheit für die Errichtung des Geländes geben würde, wurde eine erste Sondersitzung einfach kurzfristig abgesagt.

Erst danach wurden mehrere Gutachten nachgeliefert, die für die Entscheidungsfindung wichtig waren.

DIE LINKE war von Anfang an gegen eine Entscheidung in diesem Jahr. Im

Mai haben wir im Rat einen Antrag eingebracht, dass zunächst einmal eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn eines Open-Air-Geländes geführt werden soll.

Ein Open-Air-Gelände in der Stadt würde in direkte Konkurrenz zur Arena treten. Hier ist die Frage zu klären, welche konkreten Auswirkungen ein solches Gelände auf den Betrieb der Arena hat.

Bei der Planung eines Open-Air-Geländes handelt es sich um ein Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, das nicht nur in den politischen Gremien, sondern auch in der Stadtgesellschaft diskutiert werden sollte. Das haben zumindest die Reaktionen in der Öffentlichkeit zu den bisher vorliegenden Planungen gezeigt.



Hausbesetzung Neusser Str. 75/77 - 1981
Foto: © Archiv gafas/ Fotograf unbekannt

der 1960er Jahre, der Widerstand gegen Atomenergie in den 1970er Jahren und die Hausbesetzungen in den 1980er Jahren – all das fand in Düsseldorf statt. Eine Würdigung dieser Proteste ist heute wichtiger denn je.



Aktuell bis heute - Aktion gegen Abschiebeknast
Gerresheim April 1996

Foto: ©gafas

Keine Gedenken an die Novemberrevolution

Im Kulturausschuss wurde auf Antrag der LINKEN Anfang des Jahres beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für ein Veranstaltungsprogramm zum 100-jährigen Jubiläum der Novemberrevolution in Düsseldorf vorlegen soll. Die Verwaltung hat dieses nicht umgesetzt. Es wird kein städtisches Veranstaltungsprogramm geben. Im November 1918 kam es auch in Düsseldorf zu revolutionären Umbrüchen in Folge der sozialen und politischen Verhältnisse. Die am 8. November 1918 in Düsseldorf beginnende Novemberrevolution wurde durch aus Köln kommende Matrosen ausgelöst. Parallel zur Besetzung des Hauptbahnhofs und der Kasernen sowie zur Befreiung von Gefangenen aus dem Gefängnis Ulmer Höh' entstand ein Provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat. Mit der Erstürmung des Arbeiterviertels Oberbilk am 13. April 1919 durch das berüchtigte Freikorps Lichtschlag, in deren Folge mindestens 39 Arbeiter ermordet wurden, wurde die Novemberrevolution mit brutaler Gewalt beendet. Die Novemberrevolution war eine bedeutende Zeit, die viele Veränderungen hervorrief, jedoch deren Spuren hier bisher nicht hinreichend sichtbar gemacht sind. Gerade zum 100-jährigen Jubiläum sollte in Düsseldorf darüber informiert und daran erinnert werden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

32.444 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,5%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juli 2018 bei 22.638 (offizielle Arbeitslosenquote 6,7%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind.

Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 32.444 um 9.806 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.497 freie Arbeitsstellen im Juli gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Reiche Stadt, arme Kinder

DIE LINKE setzt Konzept gegen Kinderarmut durch

Kein Kino, kein Schwimmbad, keine Klassenfahrt – das ist für viele Kinder bittere Realität. Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel hat sich in Deutschland die Zahl der Millionäre genauso verdoppelt wie die Zahl der Kinder in Armut. Kinderarmut zeigt sich hier überwiegend durch Ausgrenzung, schlechte Ernährung, beengtes Wohnen und mangelnden Bildungszugang.

Der Regierungsbezirk Düsseldorf hat die höchste Kinderarmut-Quote in NRW. In der Stadt Düsseldorf leben über 20 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV-Haushalten. Fast 4.000 dieser Haushalte mit Kindern hatten im ver-

gangenen Jahr nicht einmal den regulären Hartz IV-Satz zur Verfügung, da das Jobcenter ihnen das Geld kürzte.

Arme Kinder werden arme Erwachsene

Hauptursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. In Haus-

halten von Alleinerziehenden, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen gehört Armut zum Alltag. Die Auswirkungen des Niedriglohnsektors, der prekären Beschäftigung und von Hartz-IV zeigen sich hier besonders deutlich.

Zukunftsperspektiven. Aus armen Kindern werden chancenlose Erwachsene. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, müssten existenzsichernde Arbeitsplätze für die Eltern geschaffen und der Sozialstaat ausgebaut werden. Doch auch vor Ort sind Verbesserungen möglich. So beantragte DIE LINKE in Düsseldorf ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen (abgelehnt von SPD, Grüne, FDP, CDU) und eine Bildungskarte für kostenlose Bildungs- und Sportangebote für arme Kinder (auf den Weg gebracht).

Konzept gegen Kinderarmut ist notwendig

Im städtischen Jugendhilfeausschuss macht DIE LINKE die Kinderarmut jetzt zum Schwerpunkt. Beantragt wurde, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut von einem „Runden Tisch“ unter Beteiligung von Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Kindertagesstätten, Sportvereinen und Jugendring erarbeiten zu lassen.

Im Jugendhilfeausschuss stieß der Antrag auf große Zustimmung. Die anderen Parteien wollten sich lediglich noch nicht auf einen „Runden Tisch“ festlegen. Daher wurde beschlossen, die Stadtverwaltung mit der Konzeption eines geeigneten Formats zu beauftragen. Anschließend sollen die relevanten Akteure dort ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Lebenssituation und Chancen armer Kinder erarbeiten. Die dann umzusetzenden Maßnahmen müssen für eine substantielle Verbesserung sorgen.

DIE LINKE freut sich, dass die Bekämpfung der Kinderarmut in Düsseldorf endlich angegangen wird. Die Situation der Kinder muss sich dringend verbessert.



Eine glückliche Kindheit für Alle - ohne Armut

Foto: © DIE LINKE im Bundestag

Jedes fünfte Kind ist arm

Jedes fünfte Kind ist arm

Die Stadtteile in Düsseldorf sind unterschiedlich stark betroffen. Während in Garath und Hassels fast jedes zweite Kind in Hartz IV aufwachsen muss, betrifft dies in Himmelgeist und Carlstadt nur eine Minderheit.

Ein großes Problem ist, dass Kin-

halten von Alleinerziehenden, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen gehört Armut zum Alltag. Die Auswirkungen des Niedriglohnsektors, der prekären Beschäftigung und von Hartz-IV zeigen sich hier besonders deutlich.

Die Kinder müssen leiden, obwohl sie keinerlei Verantwortung für ihre Situation tragen. Tragisch dabei ist, dass die meisten von ihnen nicht einmal die Chance haben, der Armut zu entkommen. Auf Armut in der Kindheit folgen meist auch schlechtere Bildungs- und

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

